

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

GR. Dipl.-Ing. **Topf**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf heute einen dringlichen Antrag mit Freude vortragen, nämlich mit Freude vortragen, dass er nicht mehr dringlich ist. Und zwar geht es darum, dass aufgrund der Initiativen auch insbesondere durch das Bürgermeisteramt und durch persönliche Recherche es gelungen ist sozusagen im Vorfeld zu diesem Antrag, der schon vor einigen Tagen geboren wurde, die Asfinag dazu zu bewegen, dass also hier eine Variante der Stadt Graz angeboten wird, die als einen möglichst schonenden Umgang mit der Verkehrsumleitung, der offensichtlich erforderlichen Sanierung der beiden Plabutschröhren und auch des Stückes zwischen Plabutschtunnel und Gratkorn-Tunnel zugrunde legt. Das heißt, dieser Antrag, der als dringlich von meiner Seite sozusagen vorformuliert und auch dankenswerterweise von Fraktionen unterstützt wurde, ist nicht mehr dringlich, weil die entsprechenden Gespräche mit der Asfinag durchaus als fruchtbar zu bezeichnen sind. Nämlich, dass diese Sanierungsarbeiten zu einem sehr schonenden und vor allem die anrainende Bevölkerung an der Ausweichroute durchaus akzeptablen Sanierungsplan bewerkstelligen lässt und damit kann ich sagen, dass dieser Antrag nicht mehr dringlich ist. Wir dürfen nicht vergessen, dass es doch einen längeren Zeitraum betreffen wird, nämlich doch ungefähr eineinhalb bis zwei Jahre, wo also die Notwendigkeit der Plabutschtunnel-Sanierung erforderlich sein wird. Aber nachdem die Vorgespräche durchaus ein positives Signal für die Stadt Graz gebracht haben, nämlich, dass diese Umleitungsmaßnahmen sehr schonend durchgeführt werden, insbesondere, dass also die Nachtarbeit in den Vordergrund gestellt wird und auf jeden Fall immer eine Tunnelröhre in beiden Richtungen hier befahren werden kann, denke ich, dass dieser Antrag nicht mehr dringlich ist und wir sind dabei, eine gute Lösung für diese Zeit mit der Asfinag zu kreieren. Danke (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Aber heute wird es bekanntgegeben von der Asfinag erst. Also was intern alles gelaufen ist, weiß ich nicht, aber es ist wichtig, glaube ich, dass es jetzt anders passiert und die Asfinag hat das heute, glaube ich, auch medial jetzt bekanntgegeben.

Zwischenruf StR. Mag. (FH) Eustacchio unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Aber es ist interessant, wir haben nur gemerkt, dass eine Bewegung herausgekommen ist, seitdem das in den Medien war. Aber das Wichtigste ist, dass man da drauf reagiert und das ist erfreulich.

1) Wiederaufnahme des Betriebes der Linie 47

GR. **Mayr** stellt namens von ÖVP, KPÖ und Grünen folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Mayr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie wir alle wissen, war die Buslinie 47 im Bereich zwischen Andritz und Fuß der Leber nicht nur ein zuverlässiges Verkehrsmittel für die Bewohnerinnen und Bewohner in dem Gebiet, sondern trug auch einen wesentlichen Teil zum sicheren Schulweg bei. Durch die Einstellung der Autobuslinie 47 hat sich die Situation gerade für die jüngste Bevölkerungsgruppe in diesem Bereich wesentlich verschlechtert und es ist eine Verunsicherung bei den Eltern eingetreten. Man hat das auch an der lebhaften Diskussion bei der Bezirksversammlung in Andritz gemerkt. Da diese Veränderung

beziehungsweise Einstellung der Buslinie für viele überraschend und unerwartet gekommen ist, wurde zwar eine vorübergehende Lösung eingerichtet, die ist weder zufriedenstellend und zudem ist sie auch befristet.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

dringlichen Antrag:

Herr Verkehrsstadtrat Mag. (FH) Mario Eustacchio wird ersucht, mit dem Steirischen Verkehrsverbund in Kontakt zu treten, um die Durchführung einer Ausschreibung – gerichtet an Unternehmen, die mit den für den Betrieb einer Buslinie nach dem Kraftfahrliniengesetz entsprechenden gewerberechtlichen Voraussetzungen ausgestattet sind – zu erreichen. Dabei sollten die Rahmenbedingungen des Auftrages an die Bieter den gesicherten Betrieb der Kraftfahrlinie 47 für zumindest fünf Jahre und auch eine entsprechende Fahrzeugdefinition beinhalten (*Applaus ÖVP*).

GR. Ing. **Lohr** zum Antrag: Sehr geehrte Damen und Herren! Die ÖVP sucht dringlich nach Anträgen, das gilt für den vorigen Antrag und auch für diesen. Buslinie 47 auch kein neues Thema, die Abteilung für Verkehrsplanung hat eben durch Beschwerden von der Einstellung erfahren. Bei der Buslinie 47 handelt es sich um eine Linie, die weitgehend für den Schülerverkehr diente. Ist auch Inhalt im Antrag. Die Gesamterlöse, nur zur Information, auf der Linie 47 waren exklusive den Einnahmen aus dem Schulverkehr pro Jahr nur rund 700 Euro. Mit 1.12. wurde als Ersatz ein Schülergelegenheitsverkehr durch die Firma Hauswirth eingerichtet, um die Schülerbeförderung aufrecht zu erhalten. Jetzt haben wir Freiheitlichen da wieder ein Problem mit der Zuständigkeit, Finanzdirektor Kamper sitzt in der

Verkehrsverbundgesellschaft, aber wir und der Verkehrsstadtrat verschließen sich nicht, auch den Antrag prüfen zu lassen (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Katholnig**: Wir, die SPÖ, stimmen der Dringlichkeit und dem Inhalt zu. Nur zu bedenken geben wir, eine Ausschreibung kostet nichts, aber bei Umsetzung oder Finanzierung sind unsere Bedenken dahingehend, dass die Stadt Graz überbleibt, was uns leicht passieren kann, weil Stattegg sagt, wir brauchen das nicht, es ist kein Bedarf und das möchte ich nur zu bedenken geben (*Applaus SPÖ*).

GR. **Dreisiebner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren auf dem Zuschauerrang! Ich bedanke mich beim Kollegen Mayr, ich habe in der Kürze in der November-Gemeinderatssitzung einen einfachen Antrag eingebracht, der genau dieses zum Thema hatte, weil wir das erst am Dienstag vor der donnerstägigen November-Gemeinderatssitzung erfahren haben. Ich habe dort auch in Richtung einer Buslösung den Antrag an den Herrn Verkehrsstadtrat sowie an den Herrn Schulstadtrat Kurt Hohensinner gerichtet. Ich habe aber auch einen zweiten Punkt eingebracht. Es ist entlang der Weinitzenstraße relativ dicht besiedeltes, relativ neu bebautes Gebiet, viele junge Familien, viele Schulkinder etwa im Bereich der Schöckelstraße. In diesem Bereich ist es weder möglich, einen Gehsteig entlang der Weinitzenstraße, Landesstraße, ganz massiv befahren, auch vom Lkw-Ausweichverkehr aus dem Weizer Raum, wie bekannt ist, und natürlich auch sehr viele Pkws. Es ist kaum möglich, entlang dieser Straße zu gehen bis zu einem nächsten gesicherten Übergang für Fußgängerinnen und Fußgänger, egal ob das Erwachsene, Ältere oder Kinder sind, insbesondere natürlich Kinder. Deswegen habe ich dort auch

einen zweiten Teil in diesen einfachen Antrag hineingenommen, die Errichtung eines Schutzweges inklusive Druckknopfampel über die Weinitzenstraße, weil das ein großer Wunsch der dort anrainenden Eltern ist, damit ihre Kinder die Linie 41 nur wirklich ganz kurz Wegstrecke, ganz kurz weg vom Wohnort erreichen können. Mit der Linie 41 kann man Unterandritz erreichen, kann man die Volksschule Kaplan usw. erreichen beziehungsweise auch mit der Straßenbahn weiter in die Stadt zu anderen Schulen fahren. Zu diesem Schüler-Gelegenheitsverkehr, den der Kollege Lohr erwähnt hat, ist es so, dass dort die Fahrzeiten, Abfahrtszeiten überhaupt nicht passen, dass der Betrieb ja nur bis Weihnachten gesichert war als Versuch, das heißt, nur mehr vier Schultage, ab morgen gerechnet, wenn ich mich nicht täusche, und dass danach alles offen ist. Der Betrieb ist auf die Volksschule Kalkleiten ausgerichtet, es ist etwa am 7. Dezember kein Hauswirth gefahren, weil die Volksschule Kalkleiten einen schulautonomen freien Tag hatte. Alle, die in die Volksschulen in Andritz, Prochaskagasse oder eben Kaplan wollten oder zur Endstation Andritz wollten, um weiterzukommen, hatten keinen Bus. Es ist auch so, dass der Bus so früh fährt, dass noch nicht einmal die Frühbetreuung offen hat, wie etwa in der Prochaskagasse, wenn ich mich jetzt auswendig richtig erinnere, ab 7.00 Uhr angeboten wird, dabei kommen die Kinder schon früher an. Also das ist alles keine echte Lösung, deswegen danke ich für die Aufnahme durch den Kollegen Mayr dieses Antrages und danke für die signalisierte Unterstützung. An die Kollegin Katholnig, ja, wir werden manchmal ein Geld in die Hand nehmen müssen, aber für wen denn als für unsere Kinder und ich möchte in Bezug auf den zweiten Teil, den ich im November als einfachen Antrag eingebracht habe, einen Zusatzantrag einbringen, der diesen Schutzweg betrifft, um eben auch den 41er zu erreichen in der Radegunder Straße, mit dem natürlich auch Kinder am Schulweg unterwegs sein können beziehungsweise eben im Freizeitbereich unterwegs sein können, nur sie kommen, obwohl es wirklich nur ein paar Meter weg sind, nicht hin. Der Antrag lautet: Verkehrsstadtrat Mag. Mario Eustacchio wird zudem beauftragt, einerseits die Planungsschritte für die Errichtung eines

Schutzweges, abgesichert mit einer Druckknopfampel über die Weinitzenstraße – und zwar im Nahebereich der Schöckelstraße – voranzutreiben sowie andererseits, da es sich bei der Weinitzenstraße bekanntlich um eine Landesstraße handelt, mit den politisch und fachlich befassen Stellen im Land zwecks Ermöglichung einer zeitnahen Umsetzung eines solchen FußgängerInnenübergangs in Kontakt zu treten. Über die stadtinternen Planungsschritte sowie über die Verhandlungen mit dem Land Steiermark ist dem Ausschuss für Verkehr bis zur Ausschusssitzung im Februar 2016 ein Bericht vorzulegen. Ich ersuche um Unterstützung. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. Ing. **Lohr** zum Zusatzantrag: Noch einmal kurz zum Zusatzantrag der Grünen. Hier haben wir eine Antwort der Planungsabteilung: Für ein besseres Queren von zu Fuß gehenden Personen über die Weinitzenstraße werden Auftrittflächen mit Bodenmarkierungen an der Nordwest-Seite vorgesehen. Ein Schutzweg ist leider nicht möglich. Also der Antrag ist abzulehnen, weil er leider technisch nicht umsetzbar ist (*Applaus FPÖ*).

GR. **Dreisiebner**: Ich frage mich ja, ob es wert ist, lieber Kollege Lohr, ob es wert ist, darüber zu reden, dass etwas technisch nicht möglich ist und darauf auch eine Antwort zu geben. Es geht hier um die Möglichkeit von Menschen in unserer Stadt, egal welchen Alters, egal welche Wege sie zurücklegen, nicht nur mit dem Auto, nicht nur als MitfahrerIn, als Elterntaxi, Kind usw. befördert zu werden, egal ob es um einen Besuch bei Freunden geht, bei Teilnahme an einem Musikunterricht, Sport etc. Es kann doch nicht sein, dass eine Landeshauptstadt Graz, die vor einem Monat das Mobilitätskonzept 2020 im Übrigen beschlossen hat, sagt, es ist technisch nicht

möglich, dass man einen FußgängerInnengang über eine Landesstraße mit tausenden von Kfz und Lkw herstellt. Das kann ich politisch hier in dem Raum einfach nicht hören und vor allem nicht unwidersprochen lassen (*Applaus Grüne*).

GR. **Mayr**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Intensive Diskussion, ist dort auch wirklich ein heißes Thema, vor allem wirklich unklar ist, wie es im nächsten Jahr dort weitergeht. Ich möchte mich noch einmal sehr herzlich für die Unterstützung auch bei diesem Antrag bedanken. Zum Zusatzantrag der Grünen, die ÖVP-Fraktion unterstützt diesen Zusatzantrag. Ich glaube, wir sollen zumindest hier noch einmal die Diskussion mit den zuständigen Ämtern führen. Ich glaube, dazu wäre Gelegenheit, eine Umsetzung ist sicher nicht einfach, wir können sie von der Stadt Graz aus nicht einmal initiieren in dem Sinn oder erzwingen, aber wir sollten uns noch einmal die Situation wirklich ganz genau anschauen. In diesem Sinne beim Zusatzantrag von unserer Seite Unterstützung (*Applaus ÖVP*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag der Grünen wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

2) Verbesserung der Versorgungssituation für Schmerzpatienten – Einrichtung einer multimodalen Schmerzambulanz

GR.ⁱⁿ **Heinrichs** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ **Heinrichs**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Damen und Herren unten wie oben! In meinem dringlichen Antrag geht es um die Verbesserung der Versorgungssituation für Schmerzpatienten beziehungsweise eine Einrichtung einer multimodalen Schmerzambulanz. Multimodal, multiprofessionell meint, dass Menschen, die an akuten und chronischen Schmerzen leiden, Schmerzambulanzen etwa oder Tageskliniken oder im Idealfall Schmerzkliniken vorfinden sollen, in dem sie ein multiprofessionelles Team bestehend aus diversen Fachärzten, aus Psycho- und Physiotherapeuten und -therapeutinnen beziehungsweise aus Pflegepersonal vorfinden sollten. Dieses Thema kommt medial immer wieder zum Tragen, besonders in letzter Zeit wurde viel berichtet, wir haben allgemein gesagt in den letzten beiden Jahren in Österreich eine Schließung von neun derartigen Schmerzambulanzen zur Kenntnis nehmen müssen und daher hat uns auch aus der Richtung der ÖSG, der Österreichischen Schmerzgesellschaft, eine Aussendung erreicht, nicht nur mir ist das zugekommen, sondern sicher uns allen. Es geht in dieser Aussendung darum, dass eben auf diese Schließungen beziehungsweise massiven Reduktionen von schmerztherapeutischen Einrichtungen deutlich aufmerksam gemacht wird, lange Wartezeiten auf Termine, steigende Behandlungskosten bis hin zu ansteigenden volkswirtschaftlichen Auswirkungen im Zusammenhang sind die Folgen. Die moderne Schmerztherapie in Österreich ist übrigens auf dem Gebiet, was die Grundlagenforschung betrifft, führend, allerdings hält die Geschichte wenig Einzug in den klinischen Bereichen. Hat drei wesentliche Ziele, die Behandlung von Akutschmerzen zur Vermeidung von Schmerzchronifizierung, Behandlung von chronischen Schmerzen, wobei eben diese multimodalen Einrichtungen unerlässlich sind zukünftig und die Rückführung der Patienten und Patientinnen in den Arbeitsprozess sowie die Reduktion der Krankenstände beziehungsweise der Berentungen im Zusammenhang.

In unserer Stadt Graz sind drei Schmerzambulanzen, nämlich die im LKH Graz, im LKH West sowie im KH der Elisabethinen gegeben.

Laut Umfragen der Österreichischen Schmerzgesellschaft ist die Steiermark in puncto Schmerzambulanzen österreichweit verhältnismäßig gut aufgestellt. Allerdings wurde auch in Graz erst vor wenigen Jahren eine Einrichtung geschlossen. Und wohlgemerkt: bei einer ohnehin bereits bestehenden unbefriedigenden Versorgungssituation.

Bei einer geschätzten Anzahl chronischer Schmerzpatientinnen und -patienten, ist es also in der Steiermark so, dass bei rund 23.000 zu Behandelnden die Behandlungskapazität derzeit lediglich für weniger als die Hälfte, nämlich für rund 10.000 Patientinnen und Patienten, gegeben ist.

Wenn man die demographischen Veränderungen, also allgemeines Älterwerden und der steigende Pflegebedarf, bedenken und die bereits erfolgten Betriebsreduktionen der Schmerzambulanzen einzelner Kliniken, so wird seitens der ExpertInnen der ÖSG bereits für das kommende Halbjahr die weitere Betriebsreduktion, also zumindest aber ein verminderter wochenständlicher Betrieb, von Schmerzambulanzen erwartet.

Zu erwähnen ist außerdem, dass im Leistungskatalog der österreichischen Krankenkassen die Behandlung von Schmerzen als eigenes Krankheitsbild nicht vorgesehen ist, während in anderen Ländern, Deutschland, Belgien und Italien, Struktur- und Qualitätskriterien zur multiprofessionellen, also multimodalen, Behandlung akuter und chronischer Schmerzen per Gesetz verankert sind.

Um die Versorgungssituation für schwer Betroffene also insgesamt zu verbessern, muss nicht nur verhindert werden, dass weitere Schließungen oder Einschränkungen von diesbezüglichen Ambulanzen stattfinden. Vielmehr wäre die Einrichtung von multimodalen Schmerzambulanzen und Tageskliniken zur Schmerzbehandlung

dringend geboten. In Österreich gibt es zurzeit erst eine derartige Einrichtung, die Tagesklinik am Klinikum Klagenfurt.

Laut ÖSG ist bei der multimodalen Schmerzbehandlung eine besonders hohe Behandlungseffizienz gegeben. Dies würde auch bedeuten, dass sich gesamtgesellschaftlich geringere Folgekosten ergeben.

Deshalb stelle ich namens der KPÖ folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat möge beschließen:

1. Zur Darlegung der Brisanz des Themas erfolgt die Einladung eines medizinischen Experten/einer medizinischen Expertin der ÖSG in den Ausschuss für Umwelt und Gesundheit.
2. In der Folge tritt die Stadt Graz am Petitionswege an den Landtag Steiermark mit dem Ersuchen heran, die Einrichtung einer multimodalen Tagesklinik nach dem Vorbild Klagenfurts anzustreben.

Danke für die Aufmerksamkeit. Ich bitte, werte Kolleginnen und werte Kollegen, um Ihre Zustimmung (*Applaus KPÖ*).

Stadtrat Hohensinner, MBA übernimmt um 16.55 Uhr den Vorsitz.

GR.ⁱⁿ **Schönbacher** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Kollegen! Schön zu sehen, dass wir wieder eine Themenübereinstimmung mit der KPÖ haben. Wir stimmen dem Motivenbericht natürlich zu, das ist auch in unserem Sinne, nur hat die FPÖ diesbezüglich im Landtag schon am 30.10. einen Antrag zur dringlichen Behandlung eingereicht und deshalb sehen wir für diesen Antrag keine Dringlichkeit. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Ribo**, MA: Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die grüne Fraktion bedankt sich für den Antrag, wir finden das Thema auch sehr wichtig und es soll und muss breiter aufgegriffen werden. Wir werden natürlich sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt zustimmen und freuen uns sehr auf die spannende Diskussion im Gesundheitsausschuss. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. Dr. **Hofer**: Liebe Antragstellerin, ist auch aus unserer Sicht ein sehr guter Antrag. Laut Prof. Kreß, der beim EFIC-Kongress heuer in Wien dies bereits aufgezeigt hat, dass es immer mehr Schmerzpatienten gibt, allerdings immer weniger Versorgung dafür. Es gibt auch darüber, in Pubmed habe ich gefunden eine Studie, die aus Graz ist von der Med.-Uni, von ... aus 2014 ist das de facto eine Unterversorgung. Es wird jetzt auch ab Jänner einen neuen Chef auf der Anästhesiologie geben, der sich sehr viel mit dem Thema Schmerzpatienten beschäftigt hat und auch dieses multimodale System, das es bereits in Klagenfurt gibt, mutet als ein sehr intelligentes System an. Die Problematik am LKH sind sicher die Räumlichkeiten, dadurch ist es einfach nicht möglich, mehr Patienten derzeit im Rahmen des LKH jetzt in Graz, es gibt ja West und Elisabethinen auch noch, zu versorgen. Daher auch die Zustimmung von uns, dass es sicher eine

interessante Diskussion wird im Ausschuss und auch der Petitionsweg, dann das Modell von Klagenfurt auch nach Graz zu übernehmen, müsste man dann natürlich diskutieren. Wie sehr das dann in weiterer Folge dann auch umsetzbar ist und möglich ist, weil vor allem die Räumlichkeiten im LKH, glaube ich, das Hauptproblem sein werden. Die Kollegen von der Anästhesie aber de facto das Problem kennen, auch die Patientenschar richtig erwähnter Weise immer mehr werden und dass das ein großes Thema ist für unsere Gesellschaft, dass auch diesen Schmerzpatienten bessere medizinische Versorgung zuteil kommt (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ **Heinrichs**: Nur ganz kurz, ich würde mich sehr freuen, wenn die Geschichte durchgeht, denn gerade für chronische Schmerzpatienten, die müssen bittere Pillen schlucken (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

3) Recht auf Arbeit

GR. Mag. **Haßler** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Haßler**: Sehr geehrte Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Ausgaben für den Sozialbereich wie auch die Kosten für den Gesundheits- und Pflegebereich steigen doch ein ansehnliches Stück an, wie wir heute bei der Mittelfristplanung schon sehr deutlich gesehen haben.

Während aber in Zusammenhang jetzt mit Thema Gesundheit und Pflege kein auch nur einigermaßen vernunftorientierter Mensch auf die Idee käme, daraus einen Vorwurf zu konstruieren, dass die Menschen mit böser Absicht krank werden, Krebs bekommen oder irgendwas, nur damit sie dann vielleicht eine teure Behandlung oder eine teure Pflege erhalten können, zumindest ist mir nichts Derartiges bisher untergekommen, schaut es im Sozialbereich leider deutlich anders aus. Da kennen Polemik und Niveaulosigkeit, und das muss ich, glaube ich, auch in aller Deutlichkeit so aussprechen, was das Abkanzeln und die Verächtlichmachung etwa von MindestsicherungsbezieherInnen betrifft, fast keine Grenzen, das kann man, glaube ich, in täglichen Wortmeldungen mitverfolgen. Die einen schwadronieren pauschal von „Sozialschmarotzertum“, die anderen ereifern sich ebenso ungeniert über die „soziale Hängematte“, in der sich MindestsicherungsbezieherInnen angeblich dem dolce far niente, also dem Nichtstun, hingeben.

Leider wird da mit erschreckender Kaltschnäuzigkeit übersehen, dass die Sozialausgaben bloß die Indikatoren für eine gesellschaftliche Entwicklung sind, mit der wir alles andere als zufrieden sein dürfen. Wir alle, glaube ich, die sich ein bisschen damit beschäftigen, sehen, dass die Kluft zwischen Reich und Arm auch in unseren Breiten und gerade in unseren Breiten immer größer wird. Die Arbeitslosigkeit nimmt sukzessive zu und nicht nur das, auch die Zahl jener, die trotz eines Arbeitsverhältnisses nicht genug Geld zum Überleben erhalten, die deshalb begleitend auch Mindestsicherung erhalten müssen, diese Zahl wird immer größer. Und wir haben uns auch schon hier im Gemeinderat damit beschäftigt, dass auch am Haus Graz dieses Phänomen nicht vorbeigegangen ist, auch im Haus Graz gibt es dieses Phänomen, dass Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter trotz Arbeit zusätzlich Mindestsicherung beziehen müssen, weil einfach das Teilzeitverhältnis nicht ausreicht, um damit auszukommen.

Was ich damit sagen will: Ein Großteil derer, die heute Mindestsicherung beziehen, machen dies bestimmt nicht aus freien Stücken, Jux und Tollerei, wie das manche immer wieder behaupten, sondern sie sind dazu gezwungen, hätten stattdessen aber weit lieber eine Arbeit oder einen Job. Ich glaube, das ist hoffentlich unwidersprochen. So gesehen hat der Sprecher des Bürgermeisters ganz sicher Recht, wenn er in den Medien betont, dass das Recht auf Arbeit besser weit wäre als die Mindestsicherung. Ich glaube, da sind wir uns einig.

Und gerade Graz als Menschenrechtsstadt ist in dieser Hinsicht besonders gefordert. Warum ich das explizit betone? Wenn man den Artikel 23 der UNO-Menschenrechtsdeklaration liest, sagt der wortwörtlich: „Jeder Mensch hat das Menschenrecht auf Arbeit, auf angemessene Arbeitsbedingungen und auf Schutz gegen Arbeitslosigkeit, auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit, auf befriedigende Entlohnung, die ihm und seiner Familie eine menschenwürdige Existenz sichert sowie das Menschenrecht auf Beitritt zu Berufsvereinigungen.“

Was heißt das? Das Bekenntnis zum Recht auf Arbeit, wie es viele immer wieder einfordern, nichts anderes kommt teilweise aus den ganzen Pressemeldungen heraus, das brauchen wir in Graz nicht mehr, wir sind Menschenrechtsstadt und haben uns dazu schon längst bekannt. Was wir brauchen, und da sind wir alle gefordert, sage ich dazu, da nehme ich mich nicht aus, aber im Speziellen natürlich auch der Bürgermeister, der als Sprecher und Repräsentant sozusagen nach außen auftritt, was wir brauchen ist, dass wir jetzt einmal unseren kleinen Beitrag dazu leisten, dass diesem Recht auch zum Durchbruch verholfen wird. Wir können zum Beispiel dafür sorgen, dass im Bereich der Wirtschaft Maßnahmen initiiert werden, damit ältere Arbeitnehmer, und das Phänomen kennen wir ja, dass die Generation 50+ sehr häufig von Arbeitslosigkeit betroffen ist, dass die nicht mehr als teure Kostenträger empfunden werden und dann dadurch ihren Job verlieren. Wir müssen uns darum bemühen, dass Förderungs- und Beschäftigungsprogramme für Menschen geschaffen

werden, die vielleicht etwas weniger oder anderes, als es unseren Normen generell entspricht; wo Firmen dann sagen, kann ich nicht brauchen, bringt nicht das, was wir in unserer heutigen Gesellschaft brauchen. Auch die Beschäftigung von AsylwerberInnen ist ein Thema. Wenn wir Mindestsicherung abbauen wollen, müssen wir dafür sorgen, dass wir möglichst schnell Asylwerber, die den Asylstatus anerkannt bekommen haben, auch entsprechend qualifizieren, damit sie dann auch dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Und wir müssen dafür sorgen, dass existenzsichernde Arbeitsplätze nicht zurückgehen, sondern dass sie zur Regel werden, weil da ist derzeit eine gegenteilige Entwicklung im Laufen. Wir hören immer wieder Statistiken mehr Arbeitsplätze und in Wahrheit immer mehr Menschen, die in Armut leben. Es gibt zwar mehr Arbeit, aber immer mehr Teilzeitarbeit und da, glaube ich, gilt es auch entgegenzusteuern. Hat zu tun mit dem Thema Mindestlohn, da haben wir in der Gewerkschaft, gerade in der GPA, den nächsten Schritt gemacht in Richtung 1700 Euro und natürlich auch in Richtung Arbeitsverteilung. Das sind nur einige Beispiele, wo wir den Bürgermeister der Menschenrechtsstadt Graz und uns gemeinsam gefordert sehen, dass wir unser Gewicht in die Waagschale werfen, um diesen Themenbereichen auch in der Öffentlichkeit mehr Gewicht zu geben und vielleicht auch einmal etwas zu verändern.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Bürgermeister als oberster Repräsentant der Menschenrechtsstadt Graz wird ersucht, gemäß Motivenbericht, unter Bezugnahme auf die UNO-Menschenrechtsdeklaration und den zitierten Artikel 23, in dem das Recht auf Arbeit festgeschrieben ist, von den übergeordneten Gebietskörperschaften

gezielte Maßnahmen unter anderen in Zusammenhang mit der Beschäftigung von älteren ArbeitnehmerInnen, von BerufswiedereinsteigerInnen, von AsylwerberInnen oder von Menschen mit eingeschränkter Leistungsfähigkeit sowie Programme für die Schaffung von existenzsichernden Arbeitsplätzen einzufordern (*Applaus SPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Schönbacher** zur Dringlichkeit: Vorhin ist zu diesem Antrag das Thema Gewerkschaft gefallen, da fällt mir ein ehemaliger Staatsbetrieb ganz schnell ein, der eine starke Vertretung der SPÖ in der Gewerkschaft hat, wo Arbeitnehmer ab 54 diverse Abfertigungen bekommen, damit sie aus dem Arbeitsprozess ausscheiden, so viel zur Wertschätzung arbeitender Menschen. Diese Stiftungen und Pools helfen den Menschen oft auch nicht, ihren Wert wieder zu steigern oder zu heben, weil wenn man diesen Wert nicht mehr hat, dass man in der Gesellschaft benötigt wird oder ein Recht auf Arbeit hat, dann ist auch fragwürdig, wie stark die Gewerkschaft wirklich die Mitarbeiter vertritt. Sozialminister Hundstorfer hat im Rahmen des Städtebundes 2014 gesagt, dass wir so hohe Arbeitslosenzahlen haben, dass er selbst nicht weiß, wie er die Zuwanderer in den Arbeitsmarkt integrieren soll. Mittlerweile hat sich das Thema noch verschärft, also ich wüsste jetzt nicht, im Antragstext steht, dass der Herr Bürgermeister dafür eintreten soll, was unser Bürgermeister mehr können soll als der Sozialminister Hundstorfer, aber möglicherweise kann er das ja. Es gibt die Maßnahme des Bundes, die Initiative 50+, die auf 120 Millionen Euro ausgeweitet worden ist und die auch schon gut greifen soll angeblich, laut Sozialminister Hundstorfer. Die verfehlte Integrationspolitik ist natürlich auch noch zu erwähnen, weil ich kann nicht Menschen, die zu uns kommen oder Menschen hierherholen, versprechen, ihr werdet Arbeit bekommen und es wird mehr Geld und ein besseres Leben für euch geben, wenn ich

schon die eigenen Bürger nicht mit Arbeit versorgen kann. Deshalb stimmen wir weder der Dringlichkeit noch dem Antragstext zu (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Potzinger**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, geschätzte Damen und Herren, werter Antragsteller! Herr Klubobmann, ich habe mir deinen Antrag natürlich sehr genau durchgelesen und war höchst verwundert über die eigenartige Wortwahl des Klubobmannes einer, nach Eigendefinition, staatstragenden Partei hier im hohen Haus des Gemeinderates. Ist da die Rede von Ereifern, erschreckender Kaltschnäuzigkeit, ich meine einmal, dass dieser Stil, diese Wortwahl dieses Hauses nicht würdig ist, das als Vorbemerkung. Dein Vortrag ist dann auch abgeglitten vom eigentlichen Antragstext, du hast wörtlich gesagt, Mindestsicherung trotz Arbeit, im Antragstext steht sehr wohl mit Teilzeitbeschäftigungen. Du hast auch gemeint, Teilzeitbeschäftigung, so auf die Art, da sollte man gegensteuern, wenn nicht gar bekämpfen. Es werden sich junge Mütter und Väter schön bedanken, die sehr gerne in Teilzeit erwerbstätig sind, um mehr Zeit für ihre Kinder zu haben. Kollegin Schönbacher ist schon eingegangen auf sinnvolle Arbeitsergebnisse und Initiativen des bundesweit ressortzuständigen Ministers Hundstorfer. Ich wundere mich sehr, Herr Klubobmann, ich nehme doch an, dass dein Horizont über den Grazer Tellerrand hinausgeht. Darf dir aber trotzdem in Erinnerung rufen einige hochaktuelle Aussagen des deiner Fraktion angehörigen Sozialministers. Betreffend Menschen mit Behinderung ab 1.1.2016 massive Verbesserungen, daran ist nicht nur gearbeitet worden, es gibt bereits sehr konkrete positive Ergebnisse. 1.12.2015 Hundstorfer, 826 Millionen zusätzlich an europäischen Fördermitteln, ESF-Mittel sichergestellt, auch für die jungen Unbeschäftigten, nicht in Ausbildung Befindlichen wird sehr viel getan. Für jugendliche AsylwerberInnen in Mangelberufen, gemeinsam mit unserem Integrationsminister Kurz. Wir als christliche

soziale Partei schauen auch ab und zu nach in einem Gute-Nachricht-Buch, auch Bibel genannt, Matthäus 25 oder Lukas 19. Uns geht es darum, dass die Menschen ihre Talente nicht vergraben, dass sie arbeiten können ihren Talenten entsprechend, da sind wir voll dabei und unser Bürgermeister hat sich da mehrfach maßgeblich eingesetzt, tut das ständig in Kooperation mit den anderen Ebenen. So wie dein Antrag formuliert ist, geht er aus unserer Sicht am Wesentlichen vorbei und deshalb werden wir da sicher nicht zustimmen (*Applaus ÖVP*).

GR. Luttenberger: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte bei der Kollegin Potzinger einhaken insofern, also die Bibel ist nicht unbedingt meine Bettlektüre, aber seit Neuestem die allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Und da möchte ich mich anschleichen und Werbung machen, dass das Bürgermeisterbüro diese Exemplare bei Amnesty International bestellt und bei der Jänner-Gemeinderatssitzung einer jeden Gemeinderätin und einem jeden Gemeinderat also auflegt. Weil da steht vieles Interessantes drinnen. Wir diskutieren oft über Dinge, ohne zu wissen, ich nehme mich ja durchaus mithinein, was so eigentlich auch von Österreich beschlossen worden ist. Es gibt übrigens auch eine europäische Menschenrechtskonvention, die haben wir auch beschlossen und eine Bundesverfassung haben wir auch. Also es gibt Dinge, nach denen versuchen wir, unser soziales Leben hier zu organisieren. Ich habe einen pawlowschen Reflex, nachdem ich 40 Jahre AK- und ÖGB-Aktivist bin...

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Solltest du einmal ändern.

GR. Luttenberger: ...also wenn der Gerald Haßler einen Antrag stellt, Arbeit für alle, bin ich an und für sich einmal gleich zu haben, dass er die Dringlichkeit hat, auch mit dieser Begründung. Und ich wollte zuerst ein bisschen sarkastisch sein, aber die Vorrednerinnen haben mir das ein bisschen vergällt, ich versuche jetzt doch auf der solidarischen Ebene zu agieren, obwohl ich schon sagen muss, der § 23 von den Menschenrechten besagt ja nicht nur das Recht auf Arbeit und gleichen Lohn, er besagt ja auch die Koalitionsfreiheit und jetzt könnte man meinen, vielleicht missversteht das die SPÖ, weil die koaliert mit der ÖVP im Bund, sie koaliert mit der ÖVP im Land, sie koaliert vom Burgenland ja überhaupt mit der FPÖ, aber das ist ja nicht gemeint bei den Menschenrechten, es ist gemeint, dass jeder Arbeiter, jede Arbeiterin, jede Migrantin, jeder Migrant das Recht hat, eine Gewerkschaft zu gründen und einer Gewerkschaft beizutreten und das steht dort auch drinnen. Was ich den Gerald nur bitte ist, selbst wenn jetzt die Dringlichkeit nicht durchgehen sollte, und das schaut ja möglicherweise so aus, ersuche ich dich, schon am Ball zu bleiben und ich sage dir das aus alter Erfahrung, diese Anträge sind ja alle nicht unbekannt. Vor ein paar Tagen haben wir das beim Bundeskongress ähnlich beschlossen, wir beschließen das in der Arbeiterkammer, aber wo ich das Problem sehe, ist die Nachhaltigkeit und da stimmt es natürlich schon, das vergisst dann oft die SPÖ, wenn sie dann in der tagtäglichen Arbeit ist, weil derzeit ist es wirklich so, dass auch der Herr Sozialminister Kollege Rudi Hundstorfer da irgendwie mitarbeitet, er hat die Mindestsicherung abzubauen. Du forderst Programme, dass es ausgebaut wird, in der Realität wird es abgebaut und da ist die SPÖ dabei und deswegen wünsche ich mir, wenn es da nicht gelingt, wir haben nächstes Jahr wieder ÖGB-Vorstandssitzungen, wir haben AK-Vollversammlungen, dass du da am Ball bleibst, dass du das mit Mut einbringst und jetzt zum Schluss gesagt, mit meiner Unterstützung kannst du rechnen. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe ZuhörerInnen! Ein bisschen erinnert mich das schon an ein parteipolitisches Hickhack, was da abgeht. Ein Antrag von der SP, der an sich sehr gut ist, vielleicht nicht so ganz motiviert und nicht mit voller Unterstützung eingebracht wird und dann so ein schwarz/rotes Geplänkel und dann, naja, werden wir schauen. Der Antrag ist sicher wichtig, der Antrag ist absolut ok, also keine Kritik am Antrag. Er ist vielleicht nicht ganz im richtigen Gremium gestellt, aber darüber kann man diskutieren, ist nicht das große Problem. Natürlich gehören solche Anträge auch im Gemeinderat manchmal abgehandelt und beschlossen, das wird sich wahrscheinlich nicht ausgehen in diesem Gemeinderat, sei es drum. Die Akteure liegen halt doch durchaus in anderen Bereichen. Zum Antrag selbst. Ich glaube, gesagt wurde eh, es geht auch um eine generelle Arbeitsmarktpolitik, nicht ganz deutlich, nur in Zwischentönen wurde gesagt, es geht auch ganz klar um Umverteilung von Arbeit. Ich glaube, Arbeit für alle, das ist eine ganz wichtige Forderung, wir schaffen es aber nur, wenn wir auch über Umverteilung von Arbeit, über Arbeitszeitverkürzungen ernsthaft reden und da fehlt mir bei der SP ein bisschen die Unterstützung, ein bisschen das Rückgrat, sonst wird es wahrscheinlich nicht gehen. Ich glaube nicht, dass man Arbeit für immer mehr Menschen haben werden aufgrund auch höherer Erwerbsquoten, das ist kein Problem mit Asylwerbern, das ist alles Schwachsinn, Entschuldigung, das schaffen wir, viel mehr Arbeitsplätze selbst besetzen können, das wird ein Wohnbauprogramm, die brauchen Unterstützung, das kann einer Volkswirtschaft nichts Besseres passieren, als wenn Leute ohne Ressourcen daherkommen, die was aufbauen wollen, das ist ja genau das Wirtschaftswunder nach dem Krieg gewesen und für diese Menschen so quasi sind diese großen Bedürfnisse da, die auch Arbeitsplätze schaffen würden. Trotzdem werden wir die vorhandene Arbeit gerechter verteilen müssen, ich glaube, das ist der Klartext, der manchmal fehlt und trotzdem brauchen wir sehr stark auch ein Hinschauen auf einen zweiten Arbeitsmarkt aus sozialen Überlegungen. Ich glaube, wir sind da unverdächtig, wir haben das ja schon öfter gefordert, um das geht es nicht, wir unterstützen das natürlich in voller Länge. Ich

wünsche mir ein bisschen mehr Mut, auch von der ganzen SP über Arbeit Umverteilen, ich glaube, das ist der entscheidende Punkt. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Haßler**: Nachdem die Dringlichkeit wahrscheinlich nicht durchgeht, schon ein Schlusswort. Ich muss ein bisschen auf die Wortmeldungen eingehen. Also zur Kollegin Schönbacher, was du da meinst, kann ich jetzt schwer nachvollziehen, weil du so nebulos gesprochen hast. Ich kann nur sagen, ich kenne eine Partei und die heißt FPÖ, wenn man vom Thema Wertschätzung reden, die ereifert sich auch jede Woche im Parlament in Wien, fordert die Auflösung von Sozialversicherungsträgern, Zusammenlegungen usw. und weiß nicht, dass dort die Verwaltungskosten überhaupt nicht das Thema sind. Weil wenn ich es jetzt hernehme am steirischen Beispiel, wir geben 1.700 Millionen jährlich aus und davon 30 Millionen für die Verwaltung, da sieht man einmal, in welcher Welt ihr lebt und welche Wertschätzung ihr für Arbeitnehmer habt, weil meine Mitarbeiter fragen sich das jeden Tag, sage ich ganz offen da hier in dieser Runde. Und zum Bürgermeister, ihr dürft nicht unterschätzen, ich glaube schon, dass er ein Gewicht hat, wie gesagt er meldet sich auch oft in der Öffentlichkeit und er ist der Bürgermeister der zweitgrößten Stadt von Österreich und ich glaube, das soll man nicht unterschätzen. Zur Kollegin Potzinger.

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Jetzt kommt es.

GR. Mag. **Haßler**: Einmal ein riesiges Dankeschön, also ich habe nicht gewusst, dass in euren Reihen, in den Reihen der ÖVP mit dir so ein großer Fan von unserem Sozialminister ist, also du hast ihn so gelobt, da hätte ich mich schwergetan, so viele

positive Beispiele jetzt in Summe so schnell aufzuzählen, wie du da wirklich das geschafft hast. Also danke einmal dafür. Die Wortwahl war vielleicht ein bisschen pointierter diesmal und ein bisschen schärfer, wie ich es normalerweise mache, gebe ich durchaus zu. Aber das Wort soziale Hängematte höre ich auch immer von einer bestimmten Richtung eigentlich, vor allem in Wien und auch teilweise in Graz. Also ist auch nicht gerade das Wort, das in diesem Zusammenhang mit Armut angebracht ist, ich glaube, da sind wir uns beide durchaus einig. Teilzeit, da hast du, glaube ich, ein bisschen versucht zu vermischen, natürlich will keiner Müttern die Teilzeit nehmen, aber ich glaube, du bist auch intelligent genug und du bist viel unterwegs, du weißt, dass viele Frauen gerne mehr arbeiten würden, aber das Angebot dazu nicht bekommen. Also ich glaube, davon haben wir geredet und keiner will den Müttern etwas wegnehmen, ich glaube, da sind wir uns beide einig. Zum Kurt, danke für deine Unterstützung, kann ich nur sagen, und dass der Kollege Hundstorfer die Mindestsicherung jetzt streichen oder verschlechtern will, werden wir sehen, ich hoffe nicht. Ich glaube, gehen muss es darum, dass man die Kosten für die Mindestsicherung verringert, aber indem man einfach den Menschen dort Perspektiven gibt, dass sie die Mindestsicherung nicht mehr brauchen, das muss der Weg sein, den wir anzustreben haben. Kollege Wohlfahrt kann ich nur unterschreiben, ich bin ein Teil der SPÖ, halt ein Teil, der die Gewerkschaft repräsentiert, also bei mir brauchst du wegen Umverteilung usw. keine Sorgen haben, ich glaube, da sind wir auf einer Linie. Also danke jenen, die mich unterstützen und die anderen bitte ich ein bisschen darüber nachzudenken, vielleicht schaffen wir es doch gemeinsam, da einen Schritt vorwärts zu kommen. Danke (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und FPÖ) abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Bedarfsorientierte Mindestsicherung – Herkunftslandprinzip

GR. Mag. **Sippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Sippel**: Frau Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat! Antidiskriminierung wird in unserer Stadt sehr hoch gehalten und deswegen werde ich heute auch mit einem Antidiskriminierungsantrag hier vorstellig. Der Herr Finanzstadtrat hat uns heute sehr, sehr düstere Aussichten auch präsentiert, er hat die höchste Alarmstufe in den letzten Tagen ausgerufen, spätestens im Jahr 2020 steht der Stadt Graz der Schuldengau bevor, wenn es so weitergeht wie bisher. Wir kennen die Zahlen, wir kennen die Kosten, die auf uns im Sozialbereich zukommen, wir werden im Jahr 2020 einen Zuschussbedarf im Sozialbereich in dieser Stadt von 140 Millionen Euro haben, das wird dann auch der Zeitpunkt sein, wo die Kosten für die Mindestsicherung auch den Faktor der Kosten der Pflege übersteigen werden, weil der ist ja noch der höchste Bereich im Sozialbereich, aber 2020 werden wir es geschafft haben, dass die Mindestsicherung diese Kosten auch übersteigt. Vor allem der Bedarf bei der Mindestsicherung steigt massiv an und da sind Lösungen, da sind Reaktionen auch seitens der Politik gefordert. Das ist ein bisschen wenig, nur zu fordern, dass der Bund jetzt mehr Kosten übernehmen soll und noch mehr finanzielle Mittel übernehmen soll, das heißt, über den Finanzausgleich soll die Stadt Graz mehr bekommen, damit wir die Mindestsicherung, zu der wir ja verpflichtet sind, auch Beiträge zu leisten, dass wir die abdecken können. Es ändert nichts daran, Steuern bleiben Steuern, ganz egal, welche Gebietskörperschaft sie auch ausgibt. Tatsächlich wurzeln die Probleme aber, wenn

man von der Mindestsicherung redet, woanders. Die Ursache für die prognostizierten Kostenexplosionen liegt in unserem Sozialsystem selbst und vor allem an der Magnetwirkung, die unser Sozialsystem auch in die ganze Welt ausstrahlt. Das österreichische Sozialsystem führt dazu, dass wir Zuwanderung erleben auch in diesem Ausmaß, die aktuelle Asylkrise ist ja, wo 80 % auch tatsächlich Wirtschaftsmigranten, sind ja der beste Beweis dafür, dass hier das österreichische Sozialsystem wirkt wie ein Magnet. Die kommen nicht wegen den schönen Bergen und den schönen Seen nach Österreich, die Wirtschaftsflüchtlinge, die kommen wegen unseren Anreizen, die wir über unser Sozialsystem auch ausstrahlen. Und da ist es wirklich an der Zeit, um dieses System auch aufrechterhalten zu können und das sind wir unseren Bürgern auch schuldig, dass wir hier Reformen angehen und eine Lösung wäre es, die Sozialleistungen für Nicht-Staatsbürger nur mehr nach dem Herkunftslandprinzip auch auszugeben. Das heißt, da liegt die Diskriminierung ja begraben nämlich, dass die gleichen Leistungen für alle diejenigen auch ausgegeben werden, die in Wirklichkeit keine Beitragsleistung in das System einzahlen und da gehört angesetzt. Wenn Mittel übrigbleiben, das wird aber demnächst und auch längerfristig nicht der Fall sein, dann kann man drüber überlegen, ob man auch den anderen noch gibt, wir sind jetzt einmal verpflichtet, auch als österreichische Politiker der österreichischen Bevölkerung auch hier die Leistungen zukommen zu lassen und, wenn was übrigbleibt, allen anderen. Und das ist eine Möglichkeit, wenn man hier nach dem Herkunftslandprinzip geht, dass nämlich den Nicht-Staatsbürgern nur mehr Sozialleistungen in Österreich übermacht werden, die den Leistungen entsprechen, die sie in den Herkunftsländern bekommen, ich glaube, dann schaffen wir eines, vor allem, dass wir nämlich diese Signalwirkung eben auch hier abdrehen. Und am Ende dieses Weges soll auch die Mindestsicherung nicht mehr an Nicht-Staatsbürger ausgezahlt werden. Das österreichische Sozialsystem wurde entwickelt, um Österreichern, die in Not sind, auch wieder auf die Beine zu helfen, es wurde nicht entwickelt, Zuwanderern aller Länder eine soziale Hängematte zu bieten und wenn wir uns die Zahlen auch anschauen, dann sieht man

das ganz klar, Nicht-Staatsbürger sind gegenwärtig beim Arbeitslosengeld, bei der Mindestsicherung oder bei den Familienleistungen, Familienbeihilfe und Kinderbetreuungsgeld überdurchschnittlich repräsentiert. Und wenn wir uns die Zahlen aus Deutschland hernehmen, wo jetzt auch Prognosen kursieren, dass von den anerkannten Asylanten nur einer von 30 in den Arbeitsmarkt auch übernommen werden wird, bedeutet das, dass 29 dann ins Sozialsystem in irgendeiner Art und Weise auch eingehen werden und das hat wieder der Steuerzahler zu berappen und das geht sich vorne und hinten nicht aus und deswegen müssen wir endlich etwas tun. Diese Petition erfordert, ich gebe es zu, ein bisschen einen Mut, da müssen wir uns auf die Hinterfüße stellen, wir sind die Betroffenen, auch in der Stadt, wenn es um diese verpflichtenden Leistungen geht, aber wir haben auch die Möglichkeit, hier einen Druck auf die Regierenden in diesem Land aufzubauen und ich glaube, das wäre ein schönes Zeichen, wenn der Gemeinderat der Stadt Graz hier diesbezüglich ausspricht, dass wir dieses Thema, dieses dringliche Thema der Mindestsicherung, das uns vor riesige Probleme, was die Kosten betrifft, noch stellen wird, wenn wir das mit dieser Lösung auch angehen können. Der Antragstext liegt vor, ich werde ihn hier nicht verlesen und ich bitte um Annahme (*Applaus FPÖ*).

GR. Mag. **Sippel** zum Schlusswort: Ich verstehe nicht, dass diesem Thema nicht die Dringlichkeit zuerkannt wird, wir haben heute es präsentiert bekommen, wir haben heute alle, glaube ich...

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Wir haben noch nicht darüber abgestimmt, es gibt lediglich keine Wortmeldungen.

GR. Mag. **Sippel**: Gut, dann lasse ich mich positiv überraschen, aber ich glaube, ich bin jetzt kein Prophet, aber ich kann mir vorstellen, dass die Dringlichkeit nicht zustande kommt, wenn es keinen Debattenbeitrag gibt. Also es würde mich wundern, wenn der Gemeinderat diesmal anders agieren würde, als er es sonst tut, wenn keine Wortmeldungen kommen, aber ich lasse mich überraschen. Ich sage es trotzdem präventiv sozusagen, falls die Dringlichkeit nicht gegeben ist und nicht zuerkannt wird, dann kann ich das einfach nicht verstehen, weil das ist das dringlichste Thema momentan, auch wenn wir auf die Finanzentwicklung unserer Stadt schauen (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Bodenversiegelung/Gründächer – Einflechtung in die städtischen Verordnungswerke

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**: Hoher Gemeinderat, werte Gäste! In meinem Antrag geht es um Bodenversiegelung. Kurz zur Erklärung: Versiegelter Boden ist zubetoniert, das heißt, Wasser oder Regen kann nicht mehr abfließen beziehungsweise versickern. Es

geht um die Möglichkeit, die Versiegelung einzudämmen und das rechtsverbindlich in der Stadt Graz zu verankern. Bei unbestritten notwendigen Bautätigkeiten der Stadt gehen Wiesen, gehen Grünflächen unwiederbringbar verloren. Natürlicher Boden, wie Wiesen und Grünflächen, die noch eine Verbindung zum Grundwasser haben, aber auch natürlich vegetationsreiche Grünflächen oder auch nur versickerungsfähige Flächen sind enorm wichtig. Wichtig für das Kleinklima der Stadt, diese Böden heizen sich nicht so auf wie rein versiegelte Flächen, man denke nur an die Parkplätze bei Einkaufszentren, die sich aufheizen wie Backöfen und in der Nacht dann ihre Wärme sukzessive abgeben. Das heißt, ausreichend natürlicher Boden, am besten in Kombination mit schattenspendenden Baumgruppen, kühlt die Stadt, kühlt die Luft und dämmt so den Wärmeinseleffekt im Sommer der Stadt ein. Stichwort Klimawandel, das wird immer wichtiger werden. Nicht versiegelte Flächen lassen eben Regenwasser versickern und sind so auch ein wichtiger Faktor für den Hochwasserschutz. Starke Regenfälle werden sich in Zukunft auch mehren. Es gibt noch etliche Beispiele, welche wichtige Funktion natürlicher Boden hat, Lebensraum für Tiere und Pflanzen, Lebensqualitätssteigerung für die Bevölkerung und, und, und. Das Stadtplanungsamt mit dem Herrn Dipl.-Ing. Inninger hat am 1. Dezember ein wirklich sehr informatives Symposium organisiert zum Thema Bodenversiegelung und Dachbegrünungen, da waren interessante Vorträge zu hören, wo unter anderem vorgestellt wurde, wie andere Städte den Spagat schaffen zwischen Bautätigkeit und Bodenschutz. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, bei Bauprojekten den Versiegelungsgrad so gering wie möglich zu halten, beispielsweise durch bestimmte Versickerungspflasterungen bei Einfahrten, bei Parkplätzen. Eine tolle Möglichkeit ist, den betonierten Bereich zu ersetzen durch Dachbegrünungen. Dachbegrünungen sind optisch eine Bereicherung, erhöhen damit die Lebensqualität, tragen auch zur Verbesserung des Stadtklimas bei, genauso wie grüne Böden und es gibt auch einen wirtschaftlichen positiven Vorteil, die Dachhaut hält nachweislich wesentlich länger. Der Versiegelungsgrad wurde im letzten Stadtentwicklungskonzept nicht

mitaufgenommen, da man von Seiten der Stadt Investitionseinbußen befürchtete, neue Erkenntnisse zeigen aber, dass sich das nicht bewahrheitet. Bodenschutz und Wirtschaftlichkeit schließen sich nicht aus.

Daher komme ich zum Antrag, den ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle, der Antragstext liegt vor, ich fasse nur kurz zusammen. Die zuständigen Ämter, allen voran die Grazer Stadtplanung, werden daher ersucht, ein Konzept vorzulegen, wie und in welchem Ausmaß die Inhalte des Symposiums vom 1. Dezember 2015 wirksam in die städtischen Verordnungswerke eingeflochten werden können (*Applaus FPÖ*).

GR. Ing. **Topf**: Frau Vorsitzende, werte Antragstellerin! Wir werden der Dringlichkeit und dem Inhalt zustimmen. Ich möchte nur ein paar Aspekte noch hinzufügen. Es ist ja beinahe bei jedem Bauprojekt, aber auch insbesondere bei den Bebauungsplänen, die wir jetzt in einem verstärkten Ausmaß auch diskutieren, ja ohnedies immer ein Ansatz, ein wesentlicher Ansatz, der auch von allen Fraktionen sozusagen mitgetragen wird, hier auf jeden Fall die Versiegelungsflächen so gering wie möglich zu halten. Wir müssen uns allerdings in diesem Zusammenhang auch intensiv damit beschäftigen, und das betone ich jetzt insbesondere, wenn wir Versiegelungsflächen sozusagen herausnehmen wollen oder ersetzen wollen durch eben Grünflächen, dass wir da und dort natürlich über vertikale Entwicklungen im Bauen auch nachdenken müssen. Ich möchte das bewusst betonen. Wieder auch eine Diskussion ist, wie können wir Versiegelungsflächen verhindern und gleichzeitig auch entsprechenden Wohnraum zum Beispiel zur Verfügung stellen. Das heißt, wir müssen schon auch gemeinsam darüber nachdenken, ob wir da und dort, wo es möglich ist, ins Stadtbild passt, klimatisch auch vertretbar ist, höhere Entwicklung in der Bebauung zuzulassen. Aber

grundsätzlich können wir diesem Antrag sowohl in der Dringlichkeit als auch dem Inhalt nach zustimmen (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner** zum Antrag: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe verbliebene Gäste auf der Galerie! Ich möchte mich zuerst einmal bei dir, Astrid, bedanken für diesen dringlichen Antrag. Ich war ja auch bei dem Symposium und auch der Kollege Dreisiebner, mit dem ich jetzt gemeinsam auch einen Zusatzantrag einbringe und es ist natürlich ein total wichtiges Thema und ich weiß auch, dass die Stadtplanung sich, glaube ich, sehr freut über den dringlichen Antrag und sie haben auch gestern im Ausschuss gesagt, das machen sie gerne, dass sie sich mit einem Konzept beschäftigen. Es gibt aber doch ein Thema oder zwei Themen, die noch wichtig sind. Ich denke, man muss sie einbringen. Das eine ist, dass in vielen Baubewilligungsbescheiden bereits drinnen steht, dass Gründächer oder auch Braundächer gemacht werden sollen. Das Problem ist nur, sie werden nicht realisiert und ich habe da so Fotos mitgebracht, da sieht man einerseits einen Bau von der Stadt Graz, wo sehr wohl dieses Grün-/Braun-Dach gemacht wurde und daneben ein Bau von der Firma [REDACTED] die haben gleich vom Anfang an gesagt, sie wollen das nicht machen und haben das auch nie begründet, obwohl das im Baubescheid drinnen steht, dass sie das tun müssen. Das Problem ist nur, es kontrolliert dann niemand und deshalb ist auch die Motivation gewesen für den ersten Teil unseres Zusatzantrages, der lautet: In Baubewilligungsbescheiden der Bau- und Anlagenbehörde wird die Begrünung von Flachdächern zum Beispiel wie folgt vorgeschrieben, also ein Zitat aus diesem Bescheid: „Die im Einreichplan dargestellte Begrünung und Bepflanzungsmaßnahmen

sind bis zur Erteilung der Benützungsbewilligung herzustellen und in weiterer Folge dauerhaft zu erhalten.“ Das Beispiel, das ich gezeigt habe, dieses Foto, da wohnen seit fast drei Jahren Leute drinnen und da hat nie jemand nachgeschaut. Jetzt weiter im Text: Allerdings wird die Umsetzung der Dachbegrünung nur mangelhaft kontrolliert, sodass es nicht selten vorkommt (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), dass Dachbegrünungen ohne weitere Sanktionen einfach unterbleiben.

Und der zweite Teil betrifft die Bodenversiegelung, wo eben die Verkehrsflächen ein großer Teil sind und der Antrag lautet: Darüber hinaus und Bezug nehmend auf die beim Symposium "Bodenversiegelung/Gründächer" gehaltenen hervorragenden Referate von Dipl.-Ing. Jürgen Preis sowie Univ.-Prof. Dr. Reinhold Lazar soll künftig auch bei dem außerordentlich relevante Flächenanteil, den die Grazer Verkehrsflächen am versiegelten Stadtgebiet ausmachen – insbesondere bei der Neugestaltung von Straßenzügen, Parkplatz-Flächen sowie sonstigen Verkehrsflächen – auf stadtklimatologisch möglichst positive Wirkungsgrade geachtet werden. Ob durch Baumpflanzungen, Grünstreifen und -inseln oder letztlich auch durch die Auswahl von möglichst wenig Hitze speicherndem Belagsmaterial.

Daher stellen wir folgenden Zusatzantrag:

- Die Bau- und Anlagenbehörde wird aufgefordert, die Umsetzung bescheidmäßig vorgeschriebener Dachbegrünungen konsequent zu kontrollieren und bei Nicht-Erfüllung Maßnahmen zur Sicherstellung der bescheidmäßigen Auflagen zu ergreifen.
- Die neu zu gestaltenden Verkehrsflächen in unserem Stadtgebiet mögen künftig die Ausgestaltung mit begleitendem Grün sowie nach Möglichkeit mit Baumbepflanzungen, aber auch die Materialwahl hinsichtlich der Auswirkungen auf das Kleinklima im Umgebungsbereich geprüft und zur Umsetzung gebracht werden.

Ich bitte um Annahme dieses Zusatzantrages und möchte noch ergänzen, dass auch die Abteilung für Grünraum an mich herangetreten ist und mir gesagt hat, dass die Conrad-

von-Hötzendorf-Straße, dort zum Beispiel der Gleisbereich, nächstes Jahr erneuert wird und dass das eine sehr gute Gelegenheit wäre, das dort als Grünfläche mit einem Rasen zu machen und nicht einfach als Asphaltfläche und dort die Gleise reinzulegen. Man könnte dort wirklich einiges erreichen, gerade in einem Gebiet, wo so viel Asphalt ist wie auf der südlichen Conrad-von-Hötzendorf-Straße. Also ich bitte um Annahme des Zusatzantrages und wir werden sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt von deinem Antrag zustimmen (*Applaus Grüne*).

GR. **Eber:** Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Antragstellerin! Ich möchte meine Wortmeldung beginnen mit einem Dank, erstens Dank an die Antragstellerin für diesen wichtigen und wertvollen Antrag, der es auch ermöglicht, dass wir uns erstens hier über dieses Thema austauschen und der dann ja auch dazu führen soll, dass wir uns in der Folge damit beschäftigen. Zweitens mein Dank aber natürlich insbesondere an die Stadtplanung für das auch von dir erwähnte Symposium, das wirklich eine ganz tolle, großartige, qualitativ hochwertige Veranstaltung war. Ich habe mir lange, nicht zu lange, weil so lange hat man ja nicht Zeit, bis der Antrag vorliegt, also relativ lange überlegt, ob ich einen Abänderungs-, einen Zusatzantrag stellen soll oder nicht, bin dann davon abgekommen, erstens weil es heute schon so viele Abänderungs- und Zusatzanträge gibt, dass das dann noch verwirrender wäre, zweitens in diesem Falle muss ich sagen auch aus einem bestimmten Respekt vor der Antragstellerin, die sich da die Arbeit und Mühe auch gemacht hat, diesen Antrag zu formulieren und letztlich kann ich dem auch und wir dem auch ruhigen Gewissens zustimmen. Was hat mich vielleicht ein bisschen irritiert? Du schreibst, dass ganz bewusst der Gemeinderat keine inhaltlichen Vorgaben machen soll und ich meine, dass es allerdings notwendig ist, diese Diskussion nicht nur auf Ämterebene zu führen, sondern dass es natürlich auch letztlich um eine politische

Diskussion geht und es sich um eine politische Frage handelt. Grünraum, insbesondere ja auch im innerstädtischen Bereich, kostet natürlich Geld, wir haben ja auch gestern im Ausschuss einen Zwischenbericht von der Grünraumoffensive bekommen, da muss natürlich auch sehr viel Geld in die Hand genommen werden. Und die Frage ist nun, wer soll das bezahlen? Soll man das nehmen letztlich aus den öffentlichen Budgets, so wie es natürlich notwendigerweise gemacht wird, belastet natürlich die einzelnen Bewohner und Bewohnerinnen unserer Stadt, könnte man auf der einen Seite sagen, naja, wer in unserer schönen grünen Stadt leben möchte, dem muss das auch etwas wert sein oder ist es nicht vielmehr so, dass man auch über andere Mittel, heute ist es eh schonangesprochen worden, der Finanzausgleich usw. man hier versucht, Gelder zu lukrieren. Selbstverständlich ist es heute aber so, dass eigentlich auf allen Ebenen, auf der Ebene der Kommunen, der Länder und des Bundes überall gesagt wird, es ist kein Geld da, es ist zuwenig Geld da und meines Erachtens führt letztlich kein Weg darum herum, zusätzliche Einnahmen zu lukrieren beispielsweise auf Bundesebene über Vermögenssteuern, auf Landesebene über eine Nahverkehrsabgabe. Man sieht hier also, irgendwie hängt alles mit allem zusammen. Ich denke dennoch, dass dieser Antrag es ermöglicht, auch in Folge dann noch die inhaltliche Diskussion im Gemeinderat, im Ausschuss, auf politischer Ebene zu führen und deswegen werden wir diesem Antrag selbstverständlich die Zustimmung geben. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Manfred Eber hat für die KPÖ eigentlich alles Inhaltliche zum Hauptantrag schon gesagt. Ich möchte nur noch eine Anmerkung zum Zusatzantrag machen und vor allem auch noch erwähnen, weil es vielleicht nicht uninteressant ist für Sie. In der letzten Gemeinderatsperiode haben wir vom Wohnungsamt gemeinsame mit dem Stadtplanungsamt genau diesen Punkt, die Flächenversiegelung bei unseren stadteigenen Gemeindewohnungen, vor allem beim

Altbestand uns angeschaut und haben da bei drei Innenhöfen zum Beispiel eine Entsiegelung vorgenommen. Also ich wollte nur sagen, es gibt auch sehr positive Beispiele, wo uns das gelungen ist auch mit Zustimmung der Mieter und Mieterinnen und auch auf deren Wunsch, muss man auch dazusagen. Zum Zusatzantrag möchte ich Folgendes sagen: Dem Punkt zwei werden wir zustimmen, das ist überhaupt kein Thema, zum Punkt eins muss ich sagen, natürlich ist die Kontrolle notwendig, wie es die Kollegin Pavlovec-Meixner richtigerweise gesagt hat, wird es auch bescheidmäßig vorgeschrieben. Nur impliziert sozusagen im Punkt eins ist schon, dass sozusagen die Kolleginnen und Kollegen der Bau- und Anlagenbehörde sozusagen das nicht kontrollieren würden und das ist eigentlich eine Unterstellung, die ich so nicht hier im Gemeinderat gelten lassen kann und deshalb werden wir dem Punkt eins so nicht zustimmen (*Applaus KPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Liebe Elke, ich kann das so nicht stehen lassen, weil ich habe bereits vor einigen Jahren, ich kann das herausuchen, eine schriftliche Meldung gemacht zu dem Foto, das ich gezeigt habe zu diesem Fall, wo das Gründach nie gemacht wurde und das besteht bis heute nicht und ich habe auch keine Rückmeldung bekommen, deshalb musste ich davon ausgehen, dass das nicht kontrolliert wird und deshalb habe ich es auch gesagt.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**: Zum Zusatzantrag; der Sinn meines Antrages ist es, ein Modus, mit dem man den Versiegelungsgrad im STEK im räumlichen Leitbild verankern kann. Das hat mit eurem Antrag rechtlich einfach nichts zu tun und wir werden deshalb auch nicht zustimmen. Der Antrag ist deshalb sehr allgemein gehalten, weil im Symposium

wirklich sehr viele gute Ideen von den anderen Städten angeführt wurden und wir eben den Fachexperten von unseren Ämtern die Möglichkeit geben wollen, da das Beste für Graz, das beste Konzept einmal vorzulegen. Das Konzept kann ja dann immer noch diskutiert werden. Offenbar gibt es eine Zustimmung, das freut mich sehr und mit dem Konzept sind wir sicher einen großen Schritt weiter für ein grüneres Graz. Danke (*Applaus FPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag der Grünen wurde im Punkt 1 mit Mehrheit (gegen SPÖ und Grüne) abgelehnt.

Der Punkt 2 des Zusatzantrages wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

**6) Zeitschrift „Der Uhrturm“ – Prüfung möglicher strafrechtlicher Verstöße und
Adaptierung der städtischen Richtlinien für die Klub- und Parteienförderung**

GR. Dr. **Wohlfahrt** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer, liebe Stadtregierung! Ein leider sehr ernstes Thema. Zeitschrift „Der Uhrturm“. Er ist, glaube ich, allgemein bekannt, nicht unbedingt wohlwollend bekannt, aber er ist sehr bekannt und er hat in der Stadt auch für große Aufregung gesorgt. Die Zeitschrift ist auf eine Art und Weise gestaltet, dass es mir geht um die Prüfung möglicher strafrechtlicher Verstöße und im Zusammenhang dessen natürlich auch Adaptierung der städtischen

Richtlinien für die Klub- und Parteienförderung. Um was geht es genau? Der Gemeinderatsklub der Grazer FPÖ und die Grazer FPÖ als Partei geben gemeinsam die Zeitschrift „Der Uhrturm“ heraus, als Herausgeber werden namentlich Klubobmann Mag. Armin Sippel und Stadtrat Mag. Mario Eustacchio genannt. „Der Uhrturm“ wird nicht nur an die Grazer Haushalte verschickt als Zeitung, er ist auch über die Homepage der Stadt Graz mittels eines Links zur Homepage der FPÖ online abrufbar. Also natürlich auf einer Homepage der FPÖ, aber gut verlinkt mit der offiziellen Homepage der Stadt.

In der letzten Ausgabe des „Uhrturms“ wird in Zusammenhang mit den aktuellen Flüchtlingsbewegungen ein Bild gezeichnet, als würde sich Graz und die Steiermark geradezu in einem Kriegszustand befinden. Von „Okkupanten auf ihrem Völkerzug“ ist hier beispielsweise die Rede, „die österreichisches Staatsgebiet überrannten oder besetzten.“ Die Flüchtlinge werden pauschal als potenzielle Terroristen und Straftäter diffamiert und beispielsweise als „verlumpfter, verdreckter und abgerissener Menschzug“ bezeichnet.

Diese Ausgabe des „Uhrturms“ hat bei vielen Grazerinnen und Grazern und quer durch alle anderen Fraktionen Entsetzen und Empörung ausgelöst, zum Glück, ob dieser Verrohung der Sprache und Politik. Auch der Menschenrechtsbeirat der Stadt Graz hat sich ernstlich in einer Sondersitzung mit diesem Thema befasst, es werden noch weitere Sitzungen dazu folgen, man kann es so natürlich politisch nicht hinnehmen.

Neben dieser berechtigten politischen Sorge vieler Menschen stellt sich aber auch die Frage, ob einzelne Aussagen, die in dieser Zeitung gemacht wurden, nicht den Tatbestand der Verhetzung § 283 Strafgesetzbuch, der Verbreitung falscher, beunruhigender Gerüchte § 276 Strafgesetzbuch oder anderer strafrechtlicher Vergehen erfüllen. Ich möchte in dem Zusammenhang kurz abschweifen, ich sage nur kurz, was im 276-er drinnen steht. § 276 Strafgesetzbuch 1, wird ein Gerücht, von dem man weiß, dass es falsch ist und dass es geeignet ist, einen großen Personenkreis zu beunruhigen und dadurch die öffentliche Ordnung zu gefährden, absichtlich verbreitet,

ist mit einer Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafen bis zu 360 Tagen zu bestrafen. Geht dann noch weiter, je bewusst und größer der Tatbestand ist, desto höher auch die Strafen. Also rein gefühlsmäßig, ich bin ja kein Jurist und behaupte das nicht, rein gefühlsmäßig würde ich da schon gerne nachschauen, ob das, was da drinnen steht, nicht dazu geeignet ist, diese Menschen zu beunruhigen. Ob die FPÖ weiß, dass die Gerüchte falsch sind, das wird sie wahrscheinlich nicht, ich kenne das aus Kärnten, man hat es ja nicht gewusst und ich bin ja kein Jurist und ich kenne mich nicht aus und dergleichen. Kann schon sein, dass diese Ausrede noch zieht. Zu meiner eigenen juristischen Kompetenz, ich halte es nicht für sehr groß, aber ein bisschen interessiert bin ich ja doch. In diesem Zusammenhang habe ich im März schon einmal eine Anzeige der Staatsanwaltschaft eingebracht, es geht um eine Demonstration, wo ein gewisser Armin Sippel, Klubobmann der FPÖ, war, wo eine Susanne Winter war, ich glaube, die ist ein bisschen juristisch...

Zwischenruf unverständlich.

GR. Dr. **Wohlfahrt:** Sicher, Gott sei Dank, auf jeden Fall. Dort sind einige Sachen passiert, die bei diesen Kollegen keine Reaktion ausgelöst haben trotz angeblicher juristischer Kompetenz, sage ich einmal. Ich habe das dann gesehen, war sehr verwundert, was da stattfindet und passiert, habe eine strafrechtliche Sachverhaltsdarstellung eingebracht und die Gerichte sind zumindest in erster Instanz der Ansicht, dass das alles sehr verurteilenswert ist. Also so einfach, da muss man schon ein bisschen hinschauen und bei manchem fehlt vielleicht nicht die juristische Kompetenz, sondern einfach der Mut, Sachen anzuzeigen, was notwendig ist, wo Straftaten begangen werden. Herr Kollege, der herinnen sitzt, bitte das nächste Mal

genauer zuhören, vielleicht auch juristisch nachdenken und vielleicht so Dinge anzeigen, die passieren. Wir wollen ja, dass Gesetze eingehalten werden, nehme ich fast an. Ok, zurück zum Antrag.

„Der Uhrturm“ wird als Zeitschrift des Gemeinderatsklubs der FPÖ und der Grazer FPÖ durch die Parteien- und Klubförderung der Stadt Graz, ich muss korrigieren, indirekt, direkt finanziert stimmt natürlich nicht, wie es in der schriftlichen Fassung ist, indirekt warum? Die Organe erhalten erhebliche Parteienförderung, die FPÖ war fest dabei die Klubförderung zu erhöhen, das ist jetzt leider die Antwort darauf, nicht immer passieren mit Klubförderungen Dinge, die wir uns so vorstellen hier herinnen, manches Mal passiert auch ein bisschen etwas anderes. Jedenfalls die Parteien und Klubs werden finanziert mit öffentlichen Geldern und diese Parteien und Klubs finanzieren dann einen „Uhrturm“. Nicht zuletzt deshalb muss es in unser aller Interesse sein zu wissen, ob diese Publikation gegen unsere Rechtsordnung verstößt. Darüber hinaus gilt es aber auch sicherzustellen, dass Publikationen von Parteien, die gegen das Strafrecht verstoßen haben, künftig nicht mehr mit öffentlichen Geldern finanziert werden.

Daher stelle ich namens des grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

- 1.) Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl tritt an die zuständige Staatsanwaltschaft mit dem Ersuchen um Überprüfung auf mögliche strafrechtliche Tatbestände hinsichtlich der Zeitung „Der Uhrturm“, Ausgabe November 2015, heran.
- 2.) Der Gemeinderat der Stadt Graz beauftragt das Präsidialamt, die „Richtlinie für die Förderung der im Grazer Gemeinderat vertretenen Parteien und die

Finanzierung der Klubs beziehungsweise der Arbeit der politischen Mandatäre“, Sie kennen dieses Werk, wir haben es vor zirka zwei Jahren beschlossen, es besteht leider nur aus zwei relevanten Zeilen, ich habe das schon öfter kritisiert, zu adaptieren, mit der Zielsetzung, dass künftig eine Reduktion beziehungsweise Streichung der Parteien- beziehungsweise Klubförderung erfolgen kann, sollten Aktivitäten oder Publikationen der Parteien oder Klubs zu einer strafrechtlichen Verurteilung führen. Ein Entwurf ist dem Gemeinderat bis zu seiner Sitzung im März 2016 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Ich bitte um Annahme (*Applaus Grüne*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 17.55 Uh den Vorsitz.

GR. Mag. **Fabisch** zur Dringlichkeit: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf für meine Fraktion festhalten, dass wir die Dringlichkeit ebenfalls sehen. Bezüglich des Inhaltes bitte ich um getrennte Abstimmung, weil wir nur dem ersten Punkt zustimmen werden. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

GR. **Molnar**: Unsere Fraktion sieht keine Dringlichkeit, da sich am 2. Februar der Menschenrechtsbeirat mit diesem Thema ausführlich befassen wird. Danke.

GR. Mag. **Haßler**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Von Seiten unseres Klubs wird es auf jeden Fall eine Zustimmung zur Dringlichkeit geben und wenn die Dringlichkeit anerkannt wird, auf jeden Fall eine Zustimmung zum Punkt eins, weil wir schon der Meinung sind, und da muss ich selber aufpassen, dass ich das richtige Wort finde, dass diese besonders niveaulose Ausgabe, die letzte Ausgabe des „Uhrturms“ einer Überprüfung im Hinblick auf strafrechtliche Tatbestände zugeführt werden muss einmal. Da ist Graz, glaube ich, als Menschenrechtsstadt jedenfalls gefordert. Ich glaube, die Mehrheit im Gemeinderat ist sich einig darüber, dass die FPÖ mit dieser speziellen Ausgabe jetzt auf jeden Fall die Grenzen des Erträglichen bei weitem überschritten hat. Ob es strafrechtlich ist oder nicht, kann ich nicht sagen, das soll jemand anderes feststellen, obliegt mir nicht, ich bin auch kein Jurist. Bei diesem Punkt können wir mit den Grünen mitgehen, vor allem weil und nicht zuletzt, weil wir eben Menschenrechtsstadt sind und weil wir eben jetzt einmal mit klaren Worten ein Stopp signalisieren müssen und wir müssen diesem Stopp Nachdruck verleihen, glaube ich, oder diesem Ansinnen, weil die Freiheitlichen leider schon mehrfach bewiesen haben, dass sie in diesem Punkt in keinsten Weise lernfähig sind, leider muss ich sagen. Und ich denke, dass man da auch einmal mit Nachdruck Überzeugungsarbeit leisten, muss jetzt in diesem Fall, das war wirklich sehr tief hineingegriffen. Der zweite Punkt ist schwierig, dem werden wir auch nicht zustimmen, also wenn es eine Dringlichkeit gibt, dann getrennte Abstimmung, weil Aktivitäten einer Partei so nicht verurteilt werden können: Es geht immer um Einzelpersonen und da könnte man jetzt genügend Beispiele finden, wäre der „Uhrturm“ jetzt eine Bezirkszeitung beispielsweise, ein Bezirksvertreter macht so etwas, die zum Großteil autonom sind, wertet man dann das Ganze, was ist, wenn irgendwer sonst an Jugendorganisationen, ich sage einmal, soll leider vorkommen, im Zuge von Wahlkämpfen irgendwelche Plakate überpinselt oder so etwas und dann verurteilt wird, also da gibt es eine Menge an Problemen und dafür dann die „Mutterpartei“, unter Anführungszeichen, irgendwo haftbar zu machen, ist äußerst,

glaube ich, schwierig, das irgendwie richtig abzugrenzen. Am ersten Hinschauen hätten wir auch gesagt, ja, so irgendwie, aber wenn man dann intensiver drüber nachdenkt, kommen eben viele dieser Fragen auf und ich glaube, wir sollten nicht jetzt unsere MitarbeiterInnen im Magistrat mit der Quadratur des Kreises beauftragen und ihnen viel Arbeit machen. Ich ordne diesen Punkt eher in die Richtung ab, dass man halt am ersten Blick populistisch was gefordert hat, also da werden wir nicht zustimmen, Punkt eins, wenn es die Dringlichkeit gibt, werden wir zustimmen (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Sippel**: Hoher Gemeinderat! Als Mitherausgeber des „Uhrturms“ freue ich mich natürlich, dass unsere Publikation, unsere Zeitung so viel Interesse erweckt hat. Es freut mich auch insbesondere, dass die Mehrheit der Reaktionen auf unseren „Uhrturms“, nämlich die Reaktionen der Bevölkerung, und nicht Ihre, positiv bis begeisternd war. Wir haben vor bisschen mehr als einem Jahr unserem „Uhrturms“ auch einen neuen Anstrich verpasst, also das blüht ja dem wahrhaftigen Uhrturms auch nach dieser großzügigen Spende der alten Dame und wir haben damals gesagt, wir wollen eingetretene Pfade verlassen und ein bisschen hinter die Kulissen blicken und dem Bedürfnis der Bevölkerung nachkommen, das da ist, nach einem alternativen Medium. Ein Medium, das auch abseits des Mainstreams Entwicklungen anspricht, Wahrheiten anspricht, das unzensuriert berichtet und das auch unverblümt Entwicklungen aufzeigt. Und da ist es uns wichtig, mit unserem Stil das zu verfolgen und da geht es nicht darum, ob Ihnen das jetzt gefällt, ob dieser Stil passt oder nicht oder das jetzt den Geschmack des Herrn Haßler trifft oder nicht, sondern es geht uns um diese Linie, die wir hier eingeschlagen haben. Und dass das Ihnen keine Freude bereitet dieser „Uhrturms“, das ist mir völlig klar, das kann ich nachvollziehen. Zeigt er doch in jeder Ausgabe eigentlich das Versagen, dass Sie in dieser Frage, nämlich in dieser Asylfrage hier unten in Spielfeld, da ist es ja auch tagtäglich nach wie vor zu

sehen, führt Ihnen doch dieses Versagen vor Augen. Und das ist schmerzhaft, das verstehen wir auch, aber deswegen werden wir uns sicher nicht von unserer Linie wegbewegen. Und wenn der Menschenrechtsbeirat, der auch da zitiert ist, jetzt Sondersitzungen einberuft, dann ist das sein gutes Recht. Ich war dabei, aber ich muss sagen, ich habe das wirklich noch nicht erlebt in meinen sieben Jahren bisher in der Politik ein so ein Femegericht, das da abgehalten worden ist, also das ist ja wirklich unfassbar und da sollte man auch einmal wieder über die Kompetenzen dieses Gremiums reden (*Applaus FPÖ*). Und ich kann Ihnen sagen, der Menschenrechtsbeirat, aber auch die Menschenrechtsstadt Graz und die politischen Vertreter werden es zu akzeptieren haben und werden es akzeptieren müssen, dass wir als freiheitliche Partei auch weiterhin das Menschenrecht auf das freie Wort, das Menschenrecht auf freie Meinungsäußerung in Anspruch nehmen werden, da werden wir uns davon nicht abhalten lassen, da werden auch keine Ampeln irgendwie was nutzen, rote Karten, gelbe Karten, das ist ja damals schon nach hinten losgegangen dieser Schuss, wo ja versucht worden ist, uns aufgrund dessen auch Subventionen zu streichen, das hat rechtlich nicht gehalten, das wird auch diesmal wieder so sein und wir werden uns da von diesem Weg mit Sicherheit nicht abbringen lassen. Ich darf bitten, ein paar Minuten oder sagen wir zwei/drei Minuten Redezeit noch mehr zu bekommen, weil es ist ja doch die Situation alle gegen einen und wenn der Herr Wohlfahrt da auch mit juristischen Belehrungen um sich schlägt, dann möchte ich ihm juristisch und zwar vom Nichtjuristen Sippel zum Nichtjuristen Wohlfahrt auch ein paar Dinge mit auf den Weg gehen und eine kleine rechtliche Nachhilfe... ich habe mir gedacht, das ist notwendig, das ist notwendig aufgrund dieser Vorwürfe gegen die FPÖ...

Zwischenrufe unverständlich.

GR. Mag. **Sippel**: Nein das hat niemand gelesen, da geht es wirklich um die Entkräftung dieser Anwürfe, die nicht in Ordnung sind. Gut, dann muss ich das akzeptieren, dass Sie mir das nicht gestatten, diese juristischen Anwürfe auch richtigzustellen, das ist ein weiterer Punkt, wo es anscheinend um Zensur geht, müssen wir als Freiheitliche zur Kenntnis nehmen (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, wir haben uns selbst die Spielregeln gegeben, Herr Klubobmann, da herinnen und wenn...

GR. Mag. **Sippel**: Da kann man schon Ausnahmen machen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Wenn der Gemeinderat auf Einhaltung der Redezeit drängt, dann müssen Sie das auch bitte zur Kenntnis nehmen.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: In seiner Aufgeregtheit hat er nicht gesagt, ob die FPÖ zustimmt oder nicht zur Dringlichkeit. Nachdem er noch weiterreden wollte, wird er wohl zustimmen, nehme ich an. Entschuldigung, wenn es so wichtig ist, dass man das debattieren, er war so aufgeregt, Sie brauchen nur jetzt die Hand heben bei der Dringlichkeit, dann reden wir weiter, ist ja kein Problem. Ich befürchte nur, Sie kriegen

die Hände nicht rauf, aber das ist ein anderes Thema. Ich bin froh, dass wir politisch nicht darüber diskutieren müssen, da hat der Kollege wirklich Recht, weil es ist echt grausam. Ich bin heilfroh, hier diese Diskussion über diese Zeitschrift nicht führen zu müssen, das darf das Straflandesgericht machen, die sollen sich das überlegen, das ist ihr Job, bei uns geht es normal um Politik, normalerweise verlassen wir gewisse Räume nicht und dann gehen wir gerne miteinander, aber das sparen wir uns. Nun ja, das wesentliche Problem ist, dass jetzt wahrscheinlich, es wurde nicht gesagt, Schwarz/Blau die Dringlichkeit ablehnen wird, von Blau wundert es mich nicht, obwohl ich nicht genau weiß, was ihr tut von der ÖVP. Nun ja, ist schon etwas eigen, die Dringlichkeit hier abzulehnen, wenn ihr zugleich im Menschenrechtsbeirat doch ziemlich massiv auftrittet, dort überdenkt, ob... noch mitmachen können oder nicht, da fehlt mir ein bisschen schon eigentlich die Konsequenz, das auch im Gemeinderat anzugehen und auch gemeinsam als Stadt Graz etwas zu tun. Sonst kenne ich mich nicht mehr ganz aus, aber das ist auch nicht das erste Mal, dass ich mich nicht ganz auskenne bei Sachen der ÖVP. Letztendlich bin ich mir nicht mehr ganz sicher, ob die ÖVP mit Juristerei so viel am Hut hat, ob sie wirklich alles juristisch überprüft haben will, wo man in letzter Zeit hinschaut, offensichtlich tun sie sich hier manchmal schwer, Sachen bei Gericht genauer anzuschauen. Sie wissen schon, was ich damit meine, was nicht hierher gehört, das stimmt schon. Ich kann nur um Annahme der Dringlichkeit bitten, ich kann auch das nur noch einmal erwähnen, was wir öfter hatten, hätten wir klare Regelungen, hätten wir mehr Transparenz, dann täten wir uns gewisse Sachen ersparen. Nur in diesem Gemeinderat hier sind natürlich Transparenz und klare Regelungen mehr oder weniger Fremdwörter, weil wir vergeben uns halt nur zwei Zeilen, was mit dem Geld geschehen soll, wir zeigen Parteienfinanzierungen nicht her und dergleichen usw. Schade, man hätte sich viel, viel ersparen können, wenn wir hier klarere und deutlichere Regelungen hätten. So wie es aussieht, kriegen wir es auch heute nicht, aber es gibt noch die Möglichkeit der Abstimmung und vielleicht gehen doch ein paar Hände rauf, dass es sich ausgeht. Danke.

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Klubobmann, nachdem Sie selber schon eine Darstellung abgegeben haben und wir es auch von vielen anderen wissen, ist der Punkt eins, wenn ich so sagen darf, auch nicht mehr dringlich und bei Punkt zwei gibt es unterschiedliche Auffassungen. Sie haben ja gesagt, Sie haben es abgegeben.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Die Anzeige an die Staatsanwaltschaft. Nein, habe ich nicht abgegeben. Ich dachte, wir machen es als Stadt gemeinsam.

Bgm. Mag. **Nagl**: Warum tun Sie es nicht? Aber noch einmal, darüber unterhalten wir uns auch gleich Anfang Februar, so war es auch vereinbart im Menschenrechtsbeirat.

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Mag.^a Polz-Watzenig unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Noch einmal, ich war bei dieser Sitzung nicht dabei, aber ausgemacht war eigentlich, dass man sich damit beschäftigt und wir haben eigens einen Termin im Februar festgesetzt.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Petition für einen wirkungsvollen Kriterienkatalog für die ethische Überprüfung von Tierversuchsanträgen

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist immer mein Schicksal, nach sehr aufwühlenden Anträgen, wo es um FPÖ-Anliegen geht, dann einen dringlichen Antrag einbringen zu müssen, zu müssen, meine ich jetzt zeitlich, nicht vom Inhalt her. Ich würde mich sehr freuen, wenn ich die Aufmerksamkeit haben könnte. In dem dringlichen Antrag geht es um ein Thema, das in den letzten Wochen auch medial sehr präsent war und zwar geht es um das Thema Tierversuche. Es gibt in Österreich seit dem Jahr 2012 ein Tierversuchsgesetz und da geht es jetzt darum, dass es einen neuen Kriterienkatalog geben soll, der mit Anfang 2016 in Kraft treten soll und da ist eben erst vor kurzem klar geworden eine sehr absurde Situation, nämlich, dass das Wissenschaftsministerium vor drei Jahren ein ExpertInnenteam des Messerli-Forschungsinstitutes, das ist ein sehr renommiertes Institut an der veterinärmedizinischen Universität in Wien, damit beauftragt hat, so einen Fragenkatalog zusammenzustellen und es sollte eben darum gehen, die Prüfung von Tierversuchsanträgen und insbesondere die Schaden-Nutzen-

Abwägung anhand objektiver Kriterien sicherzustellen, weil es bisher keine standardisierte Methode gegeben hat. Ich habe das in meinem dringlichen Antrag sehr detailliert dargestellt, was die Zielsetzungen waren und jetzt ist eben diese absurde Situation eingetreten, dass das Messerli-Institut einen Vorschlag gemacht hat mit 100 Fragen, die den Beamtinnen und Beamten zur Verfügung stehen sollen, damit sie in Zukunft gut entscheiden können, ob wirklich ein Tierversuch notwendig ist oder nicht. Und jetzt ist in der Begutachtung für die ausstehende Verordnung allerdings ein Fragenkatalog veröffentlicht worden, der nur neun Fragen beinhaltet und ich glaube auch, dass das sehr schwierig ist für die Beamtinnen und Beamten, die jetzt in ihrem Ermessen entscheiden müssen, ob ein Tierversuch notwendig ist oder nicht. Jetzt anhand dieser neun Fragen eine Entscheidung zu treffen, und es ist auch unverständlich, warum das Wissenschaftsministerium zuerst ein renommiertes Institut beauftragt und dann dem überhaupt nicht mehr nachkommen möchte, was als Vorschlag vorliegt. Es ist natürlich jetzt so, dass VertreterInnen von der Tierversuchsindustrie den aktuellen Vorschlag naturgemäß sehr loben, während Vertreterinnen und Vertreter von Tierschutzorganisationen dagegen Sturm laufen und wir wissen auch, es gibt erst eine noch nicht alte, also eine relativ neue repräsentative IFES-Umfrage, nämlich aus dem Jahr 2012, dass die große Mehrheit der österreichischen Bevölkerung auch möchte, dass nur ethisch vertretbare Tierversuche zugelassen werden.

Daher stelle ich seitens der Grünen folgenden

dringlichen Antrag:

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird ersucht, an Wissenschaftsminister Reinhold Mitterlehner mit dem dringlichen Ersuchen heranzutreten, zum Tierversuchsgesetz eine Verordnung mit einem wirkungsvollen Kriterienkatalog für die ethische

Überprüfung von Tierversuchsanträgen gemäß den Vorschlägen des Messerli-Forschungsinstituts zu erlassen. Als unethisch erkannte Tierversuche sollen in der Praxis abgelehnt werden können.

Ich bitte um Annahme meines dringlichen Antrages (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Kopera** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste, liebe Andrea! Tierversuche sind regelmäßig wiederkehrend ein Thema, das polarisiert, aber ich denke, man sollte auch in dieser Sache auf der Sachebene bleiben. Ich habe heute im Bundesministerium für Wirtschaft, Forschung und Wissenschaft nachgefragt und in einem Telefonat mit Herrn Ministerialrat ■■■ hat sich folgende Sachlage ergeben: Das erwähnte Messerli-Institut ist tatsächlich beauftragt worden und hat die Frist zur Erstellung dieses Fragenkataloges überschritten und erst kürzlich einen vorläufigen Fragenkatalog mit nicht 100, aber einer doch hohen zweistelligen Anzahl von Fragen abgeliefert und das Ministerium hat diesen Fragenkatalog durchgearbeitet und ihn deshalb in Anzahl reduziert, weil viele dieser Fragen redundant waren, weil ihre Inhalte entweder schon in den jeweiligen Antragsformularen enthalten waren und ausreichend erklärt oder ohnehin durch das gültige Tierversuchsgesetz aus 2012, die letzte Fassung vom 9.1.2015, geregelt sind. Als Medizinerin und wissenschaftlich Tätige tut mir die Anschuldigung, dass unethische Versuche an Tieren, womöglich auch an Menschen, gemacht werden, wirklich weh, weil für menschliche Versuche, die in der Forschung erforderlich sind, gibt es an allen Universitäten eine Ethikkommission, die das sehr genau bearbeitet und überwacht und an allen Forschungseinrichtungen, in denen Tierversuche durchgeführt werden, gibt es zum Schutz der Tiere Tierschutzgremien, die sich regelmäßig treffen und die geplanten Projekte sehr wohl auf ihre ethische Zumutbarkeit untersuchen und Rücksicht drauf nehmen und hier wird vor allem

hervorgehoben das 3-R-Prinzip, nämlich Replace, Reduce und Refine, diese drei R stehen für Vermeiden, Verringern, Verbessern, eben zu überprüfen, ob der Ersatz von Tierversuchen durch alternativen Methoden möglich ist, Reduce zielt ab auf die Verminderung der Zahl der benötigten Tiere und Refine beschreibt die Verminderung der Belastung und Verbesserung der Lebenssituation der Tiere. Die ÖVP wird weder in Bezug auf die Dringlichkeit noch inhaltlich mit diesem Antrag mitgehen (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Ich habe natürlich auch mit dem Messerli-Institut Kontakt gehabt, allerdings nicht mit dem Ministerium und mir wurde das so dargestellt, wie ich es im dringlichen Antrag geschrieben habe und ich habe in diesem Gespräch auch den Eindruck gehabt, dass es so ist, dass noch immer viel zu viele Tierversuche stattfinden und zwar auch deshalb so viele, weil natürlich immer die Frage der Übertragbarkeit kommt. Also macht es überhaupt Sinn, einen Versuch an bestimmten Tieren durchzuführen, weil ja möglicherweise das gar nicht oder in vielen Fällen gar nicht übertragbar ist auf Menschen. Ich habe mich bei meinem dringlichen Antrag eben sozusagen mit der veterinärmedizinischen Sicht auseinandergesetzt und habe daraus den Eindruck gewonnen, dass es sehr, sehr wichtig wäre, wenn man dem wirklich nähertritt und sich noch einmal diesen Vorschlag vom Messerli-Institut anschaut und ich bin zutiefst überzeugt, wirklich zutiefst überzeugt, dass neun Fragen zuwenig sind im Sinne des Tierleids und dass man da genauer hinschauen kann und ich hoffe sehr, dass mein dringlicher Antrag durchgeht (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.